



Arbeitsmarkt aktuell

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**

**Bereich
Arbeitsmarktpolitik**

07/2009

November 2009

Der Arbeitsmarkt im Osten – 20 Jahre nach dem Mauerfall

Teil II: Arbeitslosigkeit und Hartz IV



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Postfach 11 03 73
10833 Berlin

Verantwortlich:
Annelie Buntenbach

Rückfragen an:
Dr. Wilhelm Adamy
Johannes Jakob
Silvia Helbig
Ingo Kolf

Telefon 030/240 60 729
Telefax 030/240 60 771
Mail: ais@dgb.de

In der Oktoberausgabe von „Arbeitsmarkt aktuell“ wurde die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen beleuchtet. Die aktuelle Ausgabe betrachtet die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Armut in den neuen Bundesländern.

1. Arbeitslosigkeit im Osten immer noch doppelt so hoch

20 Jahre nach dem Mauerfall ist die Arbeitslosigkeit im Osten immer noch fast doppelt so hoch wie im Westen. Im September 2009 betrug die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 13,7%, in Westdeutschland dagegen 7,7% bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen.

Bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit hat sich die Situation in Ostdeutschland im längerfristigen Vergleich leicht gebessert. Jahrelang hatte sich die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau zwischen 18% und 21% gehalten.

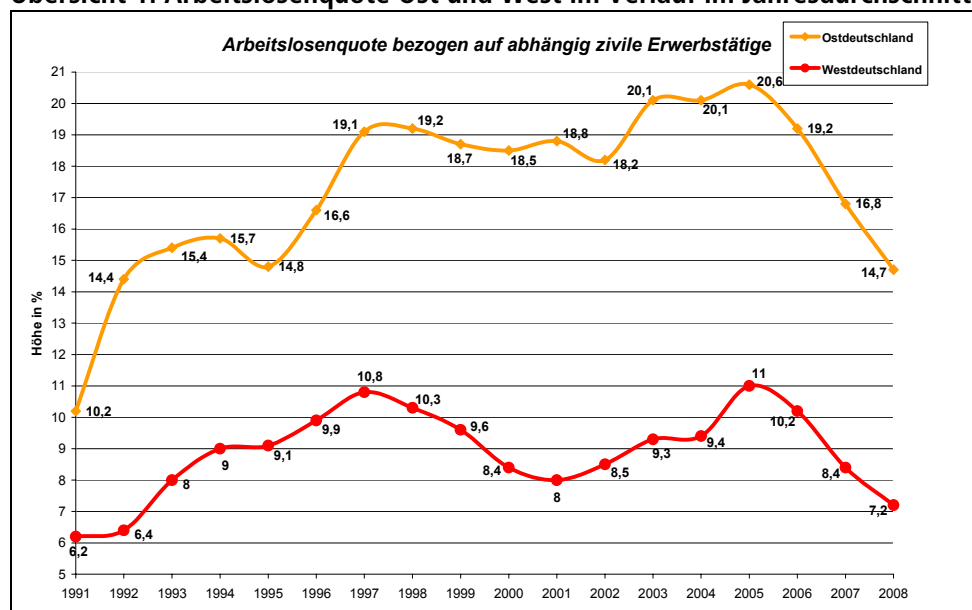
Deshalb ist das vergleichsweise starke Sinken der Arbeitslosigkeit im Aufschwung der letzten Jahre fast erstaunlich. Waren im Aufschwung 2001 noch 18,8% in den neuen Bundesländern arbeitslos, so

waren es im Aufschwungsjahr 2008 14,7%. Dies entspricht einem überdurchschnittlichen Rückgang um 4,1 Prozentpunkte, der jedoch hauptsächlich der rückläufigen Zahl der Erwerbspersonen zu verdanken ist.

Aufgrund der anhaltenden Abwanderung sowie des Geburtenrückgangs nach der Wende hat die Zahl derjenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, abgenommen. So ist das Erwerbspersonenpotential zwischen 2000 und 2008 im Osten um rund 700.000 Personen oder 7% gesunken. Die Bevölkerung schrumpft jährlich weiter um ca. 100.000 Personen. Der im Osten schneller voranschreitende demografische Wandel bringt nach jahrelanger Rekordarbeitslosigkeit nun etwas Entlastung am Arbeitsmarkt.

Allerdings könnte sich diese Entlastung bald in ein Problem wandeln. Wenn die Bevölkerung in Ostdeutschland weiter schrumpft, könnte es hier mittelfristig an ausgebildeten Fachkräften mangeln, was den Standort weiter schwächen würde. Außerdem droht ein Abbau in der öffentlichen Versorgung z.B. mit Schulen oder Einkaufsmöglichkeiten.

Übersicht 1: Arbeitslosenquote Ost und West im Verlauf im Jahresdurchschnitt bis 2008

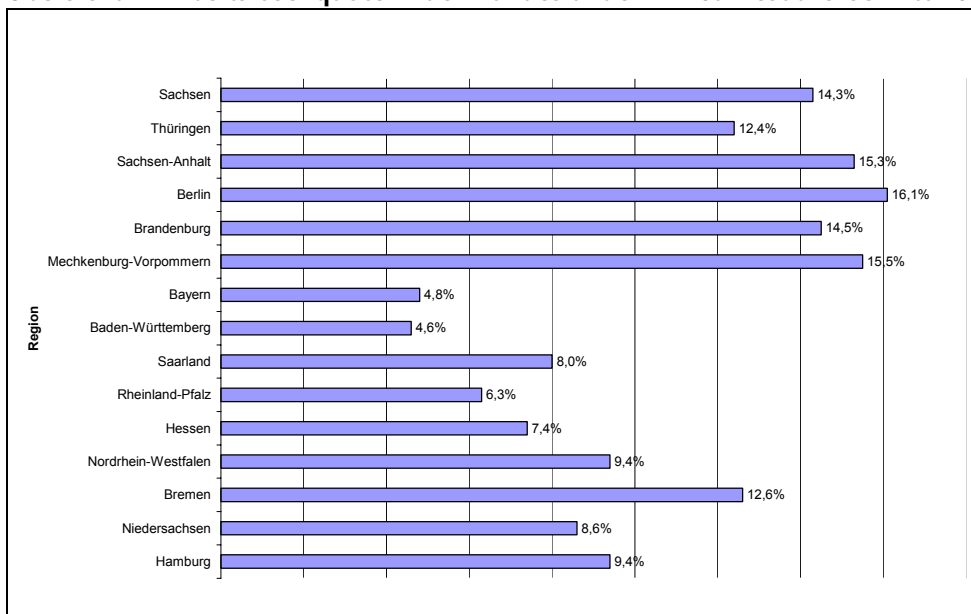


Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

Zum Teil gibt es große regionale Unterschiede hinsichtlich der Arbeitslosigkeit auch in den ostdeutschen Bundesländern. In 2008 war die Arbeitslosigkeit in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am größten. Dank industrieller Standorte wie Eisenach und der Grenzlage zu Bayern und Hessen, lag die offizielle Arbeitslosigkeit in Thüringen in 2008 sogar unter dem Niveau von Bremen.

Doch angesichts der allgemein hohen Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern ist der Arbeitsmarkt immer noch eindeutig in Ost und West gespalten. In den ostdeutschen Bundesländern blieb die Arbeitslosigkeit auch im Aufschwung zweistellig, in den westdeutschen Bundesländern war die Arbeitslosenquote im Durchschnitt im vergangenen Jahr einstellig (außer in Bremen).

Übersicht 2: Arbeitslosenquoten nach Bundesländern im Jahresdurchschnitt 2008



Quelle: Statistik der BA, Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängig zivile Erwerbstätige

2. Hohe Zahl an Ein-Euro-Jobs, selbst im Aufschwung

Dank der konjunkturell guten Entwicklung in 2007 und 2008 ist die Arbeitslosigkeit in Ost und West zurückgegangen. Im Westen ist sie von 2007 auf 2008 um 14,3% gesunken, im Osten ist sie mit 12,5% etwas weniger gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, wenn neue Jobs entstehen, die Zahl der Erwerbspersonen abnimmt oder mehr Arbeitslose an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen (in welchen sie nicht als arbeitslos gezählt werden).

Hinsichtlich des wichtigen Arbeitsmarktindikators sozialversicherte Beschäftigung hatte der Osten im letzten Aufschwung das Nachsehen (s. Teil I „Beschäftigung und Einkommen“). Die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat sich dagegen

im Aufschwung von 2007 zu 2008 in Ost und West etwas erhöht. Dabei fanden in 2008 im Osten zahlenmäßig fast genauso viele Ein-Euro-Jobs statt, wie im Westen - obwohl die neuen Bundesländer nur ein Viertel der Bundesrepublik ausmachen.

Im Sommer 2009 macht sich das Ankommen der Krise auf dem Arbeitsmarkt auch in der Förderung der Arbeitslosen deutlich. Auch hier zeigen sich die ersten Anzeichen im Westen. Die Zahl an Qualifizierungen und Beschäftigung schaffender Maßnahmen (darunter Ein-Euro-Jobs) erhöht sich in Westdeutschland im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt deutlich. In Ostdeutschland sind die Teilnehmerzahlen dagegen rückläufig. Allerdings bleibt die Anzahl der Ein-Euro-Jobs weiterhin hoch. Diese werden hier anderthalb mal so oft eingesetzt, wie Maßnahmen der Beruflichen Weiterbildung.

Tabelle 3: Teilnehmende in Maßnahmen im Juni 2007, 2008, 2009

| Maßnahme | Ost | | | West | | |
|------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 06/2007 | 06/2008 | 06/2009 | 06/2007 | 06/2008 | 06/2009 |
| Qualifizierung | 70.756 | 76.735 | 83.220 | 157.105 | 172.776 | 208.937 |
| darunter Berufliche Weiterbildung | 46.524 | 51.258 | 66.387 | 102.690 | 115.041 | 161.432 |
| Beschäftigung schaffende Maßnahmen | 183.773 | 185.113 | 166.114 | 185.281 | 175.221 | 178.193 |
| darunter Ein-Euro-Jobs | 141.674 | 143.136 | 128.167 | 165.306 | 158.520 | 160.967 |
| Insgesamt | 254.529 | 261.848 | 249.334 | 342.386 | 347.997 | 387.130 |

Quelle: Statistik der BA (Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten), eigene Berechnungen

Für die Arbeitslosen haben Ein-Euro-Jobs den Nachteil, dass sie nur selten Brücke in Beschäftigung sind. Maßnahmen der Beruflichen Weiterbildung integrieren nachhaltiger und erfolgreicher, werden jedoch in Ostdeutschland in viel geringerem Umfang als Ein-Euro-Jobs eingesetzt. Der massenhafte Einsatz von Ein-Euro-Jobs verstößt gegen das Ultima-Ratio-Prinzip, das für den Einsatz dieses Instrumentes gilt. Arbeitsgelegenheiten dürften demnach nur geschaffen werden, wenn andere Möglichkeiten der Eingliederung in Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung nicht möglich sind.¹

Der Osten hat demnach weniger vom Aufschwung profitiert, da die Arbeitslosigkeit hier langsamer gesunken ist als im Westen, bei einem Rückgang der sozialversicherte Jobs im Vergleich zum letzten Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist im Vergleich zu Westdeutschland insbesondere durch die Abnahme des Erwerbspersonenpotentials und die anhaltend hohe Zahl an Maßnahmen gesunken. Ein-Euro-Jobs dienen dabei als Ersatz für fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten.

3. Aktuelle Krise trifft zuerst Westdeutschland

Die Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise werden auf dem Arbeitsmarkt erst zeitlich verzögert spürbar. Die durch die aktuelle Krise verursach-

¹Detaillierte Informationen zu Ein-Euro-Jobs (in Ost und West) bietet das DGB Arbeitsmarkt Aktuell „Praxis und neue Entwicklungen bei 1-Euro-Jobs“ (04/2009).

te Arbeitslosigkeit trifft bisher hauptsächlich den westdeutschen Arbeitsmarkt. Hier gab es im September im Vergleich zum Vorjahresmonat 13,0% Arbeitslose mehr. In Ostdeutschland lag die Zahl der Arbeitslosen lediglich um 0,1% über Vorjahrsniveau.²

In der Krise mehren sich auch Problemregionen im Westen, in denen die Arbeitslosenquote zweistellig ist. In Bremen, Bremerhaven, im Ruhrgebiet (Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen und Recklinghausen) oder Köln liegt die Arbeitslosigkeit im September 2009 zwischen 10% und 13%. In einigen Leuchtturmregionen im Osten (Jena, Suhl, Potsdam) liegt die Arbeitslosigkeit dagegen bei 8% oder 9%.

Die aktuelle Krise trifft schneller die Beschäftigten in Westdeutschland - bei einem insgesamt viel höheren Niveau der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Tabelle 4: Arbeitslose im September 09

| | absolut | zu 09/08 | Quote |
|--------|-----------|----------|-------|
| Gesamt | 3.346.459 | +8,6% | 8,9% |
| Ost | 1.039.729 | +0,1% | 13,7% |
| West | 2.306.730 | +13,0% | 7,7% |

Quelle: Statistik der BA, Arbeitslosenquoten bezogen auf alle abhängig Beschäftigten

² Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Sommer 09 fiel insgesamt noch verhältnismäßig moderat aus, da Kurzarbeit - sowie die seit Mai 09 geänderte Arbeitslosenstatistik den Anstieg der Arbeitslosigkeit abfederten.

Die Ursache für die unterschiedliche Betroffenheit in der Krise liegt an der anders und geringer ausgeprägten industriellen Struktur in Ostdeutschland und der weniger starken Einbindung in den Weltmarkt. Große, exportorientierte Unternehmen sitzen hauptsächlich in den alten Bundesländern.

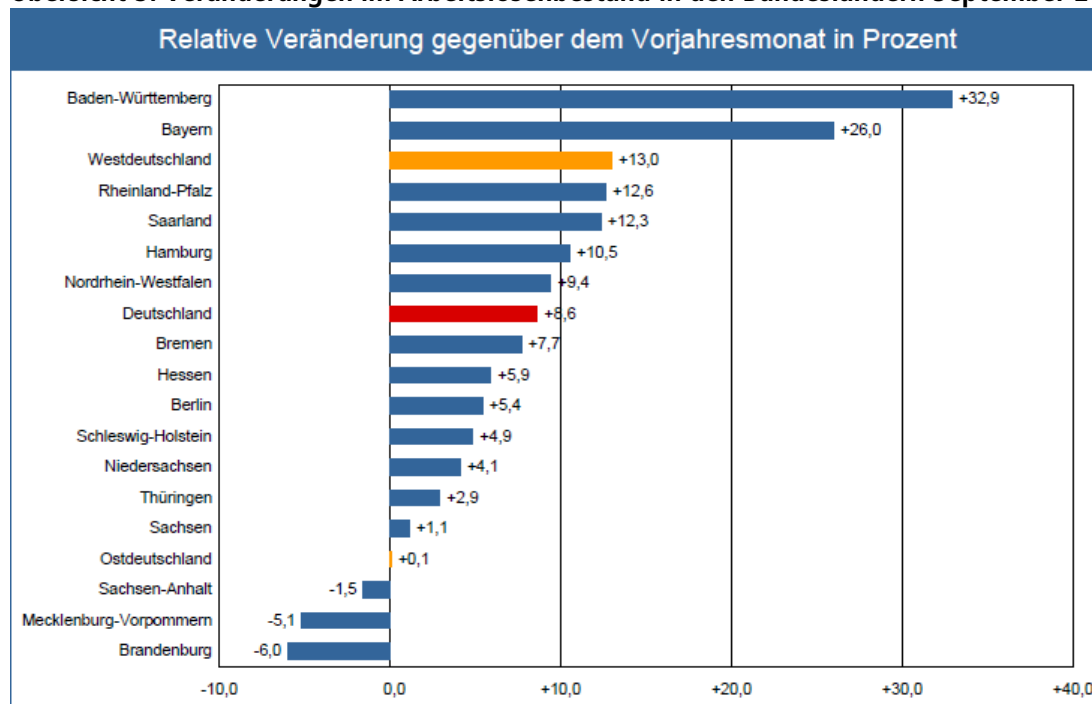
Und hier werden momentan Stellen abgebaut. Besonders betroffen vom Einbruch der Weltwirtschaft sind die stark exportorientierten Bereiche Metall, Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau, die insbesondere in den südlichen und westlichen Regionen Deutschlands vorhanden sind. Im August waren gut fünf Millionen Menschen in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes beschäftigt, das waren 4,4% weniger als im Vorjahresmonat. Dies war der prozentual stärkste Rückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat seit Januar 1995.

Die in den neuen Bundesländern vorrangig angesiedelten kleinen und mittleren Unternehmen aus den Bereichen der Hochtechnologien sind bisher weni-

ger von der Krise getroffen. Von der Krise akut bedroht in Ostdeutschland sind die Werften in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock, Wismar) ebenso wie die Autoindustrie in Sachsen (Leipzig, Zwickau, Dresden) und Thüringen (Eisenach). In Berlin und Thüringen steigen die Arbeitslosenzahlen mit am schnellsten. In Berlin dürften die unternehmensnahen Dienstleistungen einbrechen, Thüringen hängt mit am bayerischen und hessischen Arbeitsmarkt. Die Pendler aus Thüringen verlieren mit der Krise teilweise ihre Jobs in Bayern und Hessen.

Die in den östlichen Bundesländern vorrangig angesiedelten Hochtechnologien (z.B. im Bereich Erneuerbare Energien) und der von der Inlandsnachfrage abhängige Tourismus drohen jedoch mittelfristig ebenfalls stärker einzubrechen. Wenn Unternehmen aufgrund der Krise nicht mehr in neue Technologien investieren und Menschen aufgrund drohender oder bestehender Arbeitslosigkeit weniger verreisen, dann trifft die Rezession auch diese Branchen.

Übersicht 5: Veränderungen im Arbeitslosenbestand in den Bundesländern September 2009



Quelle: Statistik der BA

4. Arbeitslosigkeit nach Personengruppen

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in Ost und West nach Personengruppen, fällt auf, dass insbesondere Männer in Westdeutschland in den letzten Monaten vom Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Wirtschaftskrise betroffen sind. Dies hängt mit den zuvor beschriebenen Auftragseinbrüchen im Verarbeitenden Gewerbe zusammen, wo traditionell mehr Männer als Frauen beschäftigt sind.

Regional differenziert ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders stark bei Männern in Baden-Württemberg (+51,6%) und Bayern (+42,3%), den Bundesländern, wo besonders viele exportorientierte Großunternehmen beheimatet sind. Doch auch in einigen stärker industrialisierten ostdeutschen Bundesländern wächst die Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den Männern. In Thüringen und Sachsen stieg ihre Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat ebenfalls um 14,2% bzw. 10,1%. Dies sind die ersten Anzeichen für das Ankommen der Krise auch in Ostdeutschland.

Hinsichtlich des Alters sind insbesondere jüngere Beschäftigte von zunehmender Arbeitslosigkeit betroffen. Aufgrund oftmals nur befristeter Verträge oder Leiharbeit sind sie besonders schnell kündbar oder schaffen es in der Krise erst gar nicht, in die Unternehmen hineinzukommen. Dementsprechend stieg die Arbeitslosigkeit im September bei den Beschäftigten zwischen 15 und 24 Jahren im Westen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 22,4%.

Auch wenn in der Krise die Arbeitslosigkeit im Westen schneller steigt, ist die Arbeitslosigkeit bei allen Personengruppen im Osten vielfach höher. Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 20 bis unter 25-Jährigen ist auffällig. Trotz des schneller voranschreitenden demografischen Wandels - aufgrund des starken Geburteneinbruchs nach der Wende - und anhaltender Abwanderung - insbesondere Jüngerer - beträgt die Jugendarbeitslosigkeit im Osten immer noch bis zu 14,8%. Zwar waren im September 2009 weniger Jüngere arbeitslos, als noch im Vorjahr, trotzdem bleibt Jugendarbeitslosigkeit im Osten ein großes Problem.

Dies gilt vor allem, wenn der Großteil der jüngeren Arbeitslosen in Ostdeutschland vorwiegend im Hartz IV-System betreut wird. Rund 72% der arbeitslosen jungen Ostdeutschen bezieht Hartz IV, im Westen sind es 63%. Umgekehrt heißt dies, dass im Westen mehr Jugendliche das höhere Arbeitslosengeld I beziehen bzw. bei der Arbeitssuche durch die Bundesagentur für Arbeit betreut werden. Damit sind die westdeutschen Jugendlichen seltener arm.

Zudem ist die Zumutbarkeit von Arbeit für Jugendliche im Hartz IV System besonders streng. Schon nach dem erstmaligen Ablehnen eines Arbeitsangebots können die Leistungen zum Lebensunterhalt gekürzt werden. Da die Zumutbarkeit für Arbeit auch für Löhne bis zu 30% unter Tarifniveau gilt, ist diese Regelung aus gewerkschaftlicher Sicht eindeutig unzumutbar.

Übersicht 6: Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen in Tausend, September 2009

| | West | Veränderung zu 09/08 | Quote | Ost | Veränderung zu 09/08 | Quote |
|-----------|---------|----------------------|-------|-------|----------------------|-------|
| Insgesamt | 2.306.7 | +13,0% | 7,7% | 1.039 | +0,1% | 13,7% |
| Männer | 1.245 | +23,0% | 8,0% | 558 | +6,9% | 14,4% |
| Frauen | 1.060 | +3,1% | 7,4% | 480 | -6,8% | 12,9% |

Quelle: Statistik der BA (Arbeitslosenquoten bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen), eigene Berechnungen

Übersicht 7: Arbeitslosigkeit Jüngerer und Älterer, September 2009

| | West | Veränderung zu 09/08 | Quote | Ost | Veränderung zu 09/08 | Quote |
|---------------------|-----------|----------------------|-------|-----------|----------------------|-------|
| Insgesamt | 2.306.730 | +13,0% | 7,7% | 1.039.729 | +0,1% | 13,7% |
| 15 bis U25 | 273.640 | +22,4% | 7,1% | 124.640 | -3,6% | 13,1% |
| darunter 15 bis U20 | 54.671 | +5,6% | 4,4% | 21.628 | -17,3% | 8,6% |
| darunter 20 bis U25 | 218.969 | +27,4% | 8,3% | 103.012 | -0,1% | 14,8% |
| 50 bis U65 | 583.166 | +11,7% | 6,9% | 303.160 | +3,9% | 13,1% |
| darunter 55 bis U65 | 319.639 | +17,6% | 7,0% | 168.287 | +13,9% | 13,7% |

Quelle: Statistik der BA (Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen), eigene Berechnungen

5. Hartz IV-Zahlen steigen in der Krise vorerst im Westen

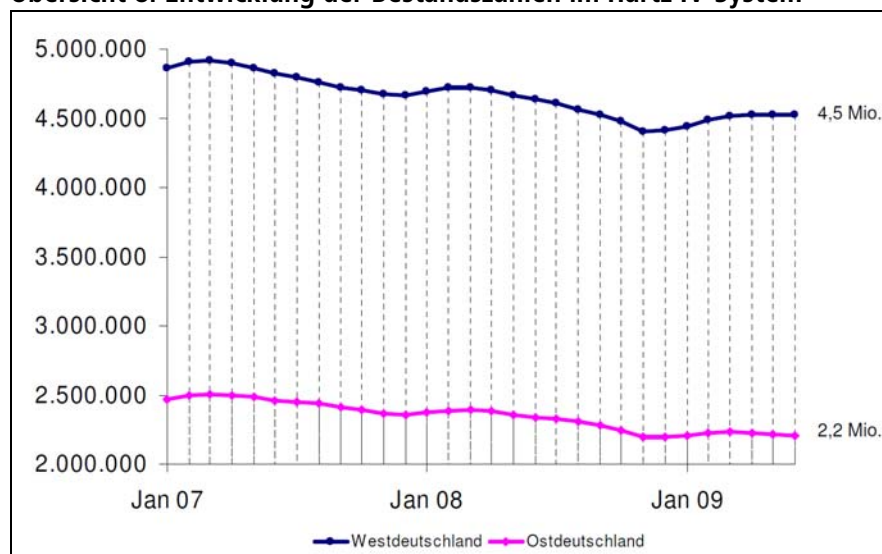
Mit dem Aufschwung und der sinkenden Arbeitslosigkeit nahm auch die Zahl der Hartz IV Bedürftigen in den letzten Jahren ab. Waren in 2007 noch ca. 7,2 Mio. Menschen im Durchschnitt auf Hartz IV angewiesen, so waren es 2008 noch ca. 6,9 Mio. Im November 2008 erreichte die Zahl der Hartz IV Beziehenden einen Tiefstand von 6,6 Mio. Ursache hierfür sind auch Verbesserungen beim Kinderzuschlag seit Oktober 2008, die mehr Geringverdienenden Hartz IV erspart haben.

Seit Dezember 2008 steigen die Zahlen jedoch langsam wieder. Dieser saisonale Trend war auch in den Vorjahren zu beobachten. Allerdings erfolgt mit

der Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt in 2009 keine Trendumkehr. Die Hartz IV Bedürftigkeit nimmt insbesondere im Westen zu: von 4,4 Mio. im November 2008 auf 4,5 Mio. im Juni 2009. Im Osten blieben die Zahlen nahezu gleich bei 2,2 Mio. Bedürftigen.

Zwar sind im Juni 2009 noch weniger Menschen als im Vorjahr auf Hartz IV angewiesen (-4,1%), mit dem endgültigen Durchschlagen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt wird die Zahl der Bedürftigen jedoch wieder steigen.

Übersicht 8: Entwicklung der Bestandszahlen im Hartz IV-System



Quelle: Statistik der BA, Zahlen nach einer Wartezeit von drei Monaten

In der Krise nimmt hauptsächlich die Zahl der Arbeitslosen zu, die nach direktem Jobverlust 12 Monate lang durch die Arbeitslosenversicherung betreut werden und Arbeitslosengeld I erhalten. Ein Teil der Arbeitslosen rutscht jedoch direkt in Hartz IV, weil der Job zu kurzfristig war oder das Arbeitslosengeld I aufgrund von Niedriglöhnen durch Hartz IV aufgestockt werden muss.

Im Osten ist dies öfter der Fall. Im September 2009 benötigten 27,7% der aus Erwerbstätigkeit arbeitslos werdenden Ostdeutschen direkt Hartz IV, im Westen waren es 21,9%.

6. Hartz IV-Bedürftigkeit im Osten weitaus höher

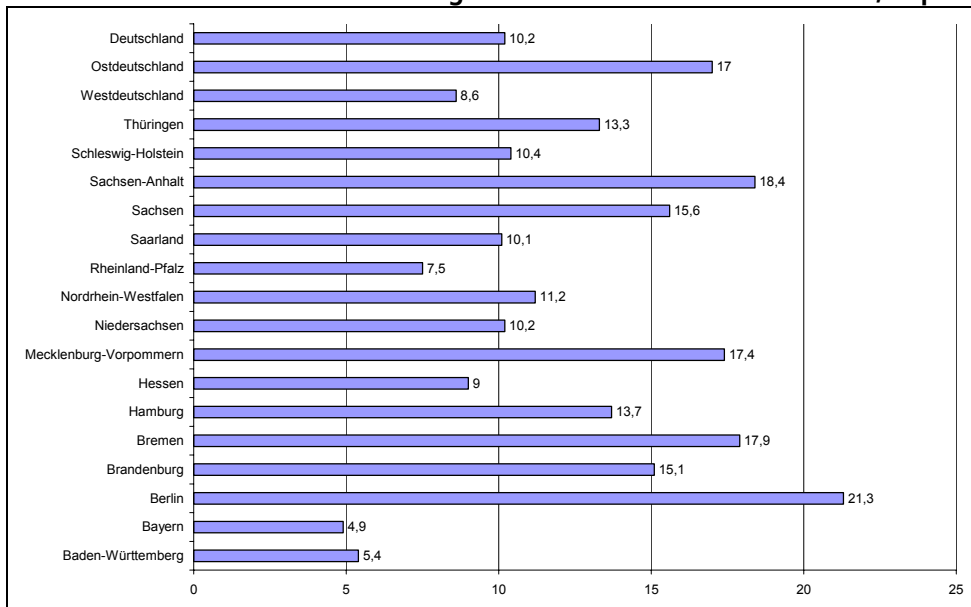
Auch wenn im Moment die Hartz IV Bedürftigkeit im Westen zunimmt, die Menschen im Osten sind insgesamt öfter auf Hartz IV angewiesen. Die sogenannte Hartz IV-Quote bezeichnet den Anteil von

Hartz IV-Bedürftigen im Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung. Im August 2009 benötigte jede/r sechste Ostdeutsche Hartz IV zum Lebensunterhalt, in Westdeutschland war es jede/r Zwölfte. Spitzenreiter bei der Hartz IV-Quote war Berlin.

Eine Ursache für die höhere Bedürftigkeit im Osten sind - neben der hohen Arbeitslosigkeit - die weit verbreiteten Niedriglöhne. Armut trotz Arbeit kommt im Osten fast doppelt so häufig vor, wie im Westen (s. Teil I „Beschäftigung und Einkommen“).

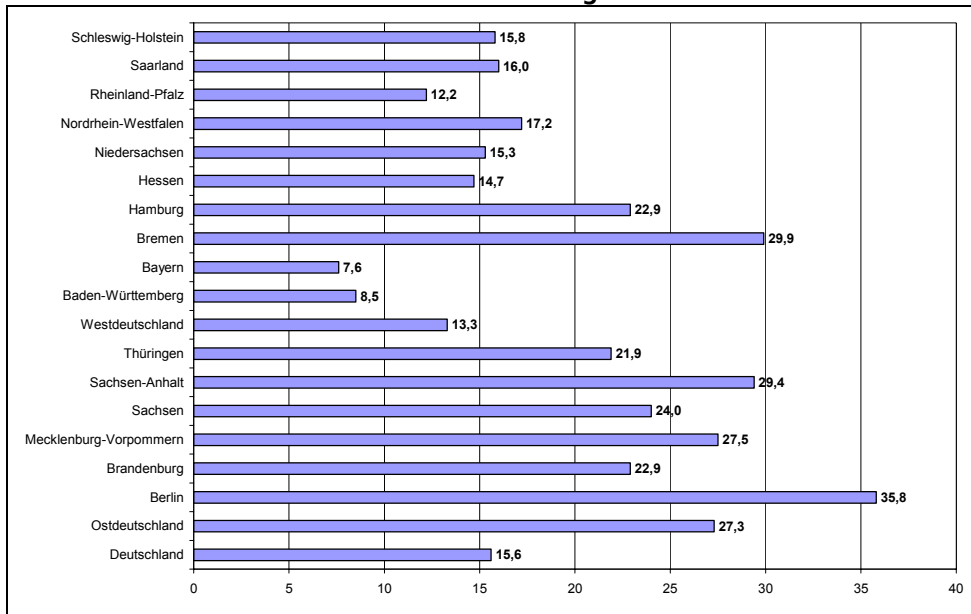
Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne führen dazu, dass es eng wird, insbesondere wenn noch Kinder versorgt werden müssen. Der Anteil armer Kinder ist im Osten besonders hoch. Im Mai 2009 lebte hier fast jedes dritte Kind bis 15 Jahre von Hartz IV, im Westen war es fast jedes siebte Kind. Doch auch in Problemregionen Westdeutschlands sind beinahe 30% der Kinder auf Hartz IV angewiesen.

Übersicht 9: Anteil Hartz IV-Bedürftiger nach Bundesländern in Prozent, September 2009



Quelle: Statistik der BA, Hilfebedürftige Personen nach SGB II entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Übersicht 10: Anteil Kinder in Hartz IV-Bedürftigkeit nach Bundesländern in Prozent, Mai 2009



Quelle: Statistik der BA, Hilfebedürftige Kinder entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung bis 15 Jahre

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die seit der Wiedervereinigung anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern ist ein Zeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt auch 20 Jahre nach dem Mauerfall noch immer in Ost und West gespalten ist.

Der im Osten schneller voranschreitende demografische Wandel und die anhaltende Abwanderung bringen nach jahrelanger Rekordarbeitslosigkeit zwar nun etwas Entlastung am Arbeitsmarkt. Allerdings droht durch den Bevölkerungsschwund mittelfristig ein Fachkräftemangel, der die Probleme Ostdeutschlands weiter verschärfen könnte.

Um die Abwanderung zu stoppen, sind mehr und bessere Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Ostdeutschland notwendig. Der DGB fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Gesundheit und Soziales, durch das neue Arbeitsplätze entstehen. Des Weiteren muss durch die Eindämmung des Niedriglohnssektors der Binnenmarkt gestärkt werden.

Aktuell trifft die durch die Krise verursachte Arbeitslosigkeit hauptsächlich den westdeutschen Arbeitsmarkt. Bei steigender Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Zahl an Hartz IV Bedürftigen in den nächsten Monaten sowie einem zurückhaltenden Konsum, wird die Krise zeitverzögert auch auf den Osten durchschlagen.

Hier muss alles getan werden, um die Folgen der Krise für die Beschäftigten in Ost und West abzuschwächen. Dazu gehört es u .a., dass Unternehmen nicht in eine Liquiditätskrise geraten, die vermehrt Insolvenzen nach sich ziehen könnte. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland klagen über die mangelnde Kreditbereitschaft von Banken.

Eine Ursache für die hohe Hartz IV-Bedürftigkeit im Osten sind - neben der hohen Arbeitslosigkeit - die weit verbreiteten Niedriglöhne. Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne führen dazu, dass es eng wird, insbesondere wenn noch Kinder versorgt werden müssen. Der Anteil armer Kinder ist im Osten besonders hoch.

Um insbesondere Kinder aus der Armut herauszuholen, müssen die Hartz IV vorgelagerten Sicherungssysteme ausgebaut werden. Konkret sollte der Kinderzuschlag erhöht werden sowie das Wohngeld für Familien. Beide Leistungen werden nur bei Bedarf gewährt, ihre Erhöhung kann verhindern, dass Geringverdienende mit Kindern Hartz IV beziehen müssen. Des Weiteren bleibt ein gesetzlicher Mindestlohn von zunächst 7,50 Euro pro Stunde als unterste Haltelinie bei den Löhnen dringend notwendig.

Ein-Euro-Jobs werden im Osten überproportional eingesetzt. Sie dienen teilweise als Ersatz für fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten. Hier muss arbeitsmarktpolitisch umgesteuert werden. Statt Ein-Euro-Jobs sollte das Instrument Kommunal-Kombi sowie der Beschäftigungszuschuss („Jobperspektive“) in größerem Umfang genutzt werden, da hierdurch sozial gesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten mit einem Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro finanziert werden können.

Die Fördermöglichkeiten wurden hierfür seit dem Frühjahr 2009 vereinfacht. Damit der Kommunal-Kombi tatsächlich seine Wirkung entfalten kann, müssen im Gegenzug die finanziellen Fehlanreize für die Jobcenter bei der Vergabe von Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden.

20 Jahre nach dem Mauerfall sind Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, unsichere Beschäftigung und Armut die dringlichsten Probleme in Ostdeutschland. Mangelhafte Tarifbindung und ein fehlender gesetzlicher Mindestlohn erschweren die Arbeit der Gewerkschaften in den neuen Bundesländern erheblich. Dennoch bleibt der Aufbau Ost und die Angleichung der Lebensverhältnisse ein wichtiges Ziel für die Gewerkschaften.

Den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Bildung kommen dabei Schlüsselpositionen zu. Dass diese im Sinne der Beschäftigten und Arbeitssuchenden ausgestaltet werden, dafür werden sich die Gewerkschaften auch in den nächsten 20 Jahren einsetzen.



Bitte nutzen Sie die automatisierte Möglichkeit der Online-Bestellung von Publikationen und Materialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Internet:

<https://www.dgb-bestellservice.de>

Broschüre: Ratgeber Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen Wohngeld – Kinderzuschlag – Hartz IV · DGB21345



**Broschüre: Ratgeber Hartz IV
Tipps und Hilfen des DGB · DGB21344**